



ZWEIFEL AN WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Das Vertrauen der Deutschen in die Wirtschaft sinkt

Von Katja Gelinsky

30.11.2025, 17:31 Lesezeit: 4 Min.



Die Deutschen geben den Betrieben hierzulande deutlich schlechtere Noten. Mehr als die Hälfte zweifelt an der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Die F.A.Z. hat die Ergebnisse einer neuen Allensbach-Umfrage.

Die deutsche Wirtschaft ist seit sechs Jahren praktisch nicht mehr gewachsen. Diese lange Schwäche phase hat das Vertrauen der Deutschen in die Wirtschaft erheblich geschmälert. 54 Prozent zweifeln an der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren bezeichneten noch 82 Prozent der Bevölkerung die Wettbewerbsfähigkeit als besondere Stärke des Landes. 2023 waren es immerhin noch knapp zwei Drittel. Das Ansehen der Unternehmen hat insgesamt deutlich gelitten. Ob mit Blick auf Arbeitsplatzsicherung, Fachkräfteausbildung, Innovationsvermögen oder Familienfreundlichkeit – überall bekommen die Firmen deutlich schlechtere Noten. Die Angaben stammen aus einer repräsentativen Umfrage

des Instituts für Demoskopie Allensbach. Der F.A.Z. liegen die Ergebnisse exklusiv vorab vor.

Aktuell sind nur noch 19 Prozent der Deutschen der Meinung, die meisten Unternehmen hierzulande seien „innovativ und entwickelten ständig Neues“. Vergangenes Jahr stimmten 35 Prozent dieser Aussage zu. Deutlich zurückgegangen ist auch die Zuversicht, dass die Unternehmen Arbeitsplätze in Deutschland sichern: 2024 waren 68 Prozent der Deutschen dieser Ansicht, nun sind es noch 50 Prozent der Bevölkerung.

Das Ansehen der Unternehmen in der Bevölkerung

„Wenn sie einmal ganz allgemein an die **Unternehmen in Deutschland** denken: Was trifft Ihrer Meinung nach auf die meisten Unternehmen zu?“

Angaben in Prozent (nach häufigsten Nennungen 2025)

	2019	2024	2025
Sichern Arbeitsplätze in Deutschland	51	68	50
Versuchen um jeden Preis, ihre Gewinne zu steigern	57	55	49
Traditionsreich, haben eine lange Tradition	35	55	49
Bilden viele Fachkräfte aus, tun viel für den Fachkräftennachwuchs	40	55	36
Der Mensch gilt wenig, es geht nur ums Geld	41	34	34
Sind gut geführt	31	39	29

„Wenn sie einmal ganz allgemein an die **Familienunternehmen in Deutschland** denken: Was trifft Ihrer Meinung nach auf die meisten Familienunternehmen zu?“

Angaben in Prozent (nach häufigsten Nennungen 2025)

	2019	2024	2025
Sichern Arbeitsplätze in Deutschland	60	69	71
Traditionsreich, haben eine lange Tradition	62	75	67
Denken langfristig	49	58	54
Bilden viele Fachkräfte aus, tun viel für den Fachkräftennachwuchs	49	56	53
Sind gut geführt	51	55	52
Übernehmen Verantwortung in der Gesellschaft	44	49	47

Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach (Repräsentativbefragung der deutschen Bevölkerung von 16 Jahren an) / F.A.Z.-Tabelle: ioth., fbr.

36 Prozent meinen aktuell, die Unternehmen täten viel für den Fachkräftennachwuchs (2024: 55 Prozent). In der gegenwärtig schwierigen Lage ist aus Sicht der Deutschen

auch der Klimaschutz weiter in den Hintergrund gerückt. Der Anteil jener, die Unternehmen Bemühungen um Klimaschutz und Nachhaltigkeit bescheinigten, war zwar schon 2024 mit 21 Prozent nicht besonders groß. Aber nun ist dieser Wert auf zwölf Prozent gerutscht.

Familiengeführte Unternehmen schneiden besser ab

Noch stärker verschlechtert haben sich die Einschätzungen zur Familienfreundlichkeit von Unternehmen: Nur noch 14 Prozent stimmen zu, dass die Betriebe sich um Vereinbarkeit von Beruf und Familie bemühten (2024: 26 Prozent). Familiengeführte Unternehmen schneiden hier mit 42 Prozent deutlich besser ab.

Überhaupt bekommen Gesellschaften, die hauptsächlich einer Familie gehören oder von Angehörigen einer Familie geleitet werden, insgesamt deutlich bessere Noten, vor allem dort, wo es um soziale Verantwortung geht. 47 Prozent der Deutschen sind der Ansicht, Familienunternehmen übernahmen Verantwortung in der Gesellschaft. Für Unternehmen insgesamt liegt der Wert bei 24 Prozent.

Auftraggeber der Allensbach-Umfrage ist die Stiftung Familienunternehmen mit Sitz in Stuttgart, nicht zu verwechseln mit dem Wirtschaftsverband Die Familienunternehmer mit Sitz in Berlin. Die Familienunternehmer waren zuletzt in die Schlagzeilen geraten wegen ihres Beschlusses, sich für Gespräche mit AfD-Politikern zu öffnen. Die Strategie der Ausgrenzung sei gescheitert, wie die wachsenden Umfragewerte für die Partei belegten, begründete Verbandspräsidentin Marie-Christine Ostermann die Aufhebung des „Kontaktverbotes“. Namhafte Mitglieder wie die Drogeriekette Rossmann, der Haushaltsgerätehersteller Vorwerk und der Limonadenhersteller Fritz-Kola verließen Die Familienunternehmer daraufhin. Außerdem hat der AfD-Beschluss Aktivisten auf den Plan gerufen. Die Organisation Campact nimmt Unternehmen ins Visier, von denen sie annimmt, diese gehörten den Familienunternehmern an.

Die Deutschen trauen dem Mittelstand am meisten zu

Der von Ostermann geführte Lobbyverband hat eigenen Angaben zufolge rund 6500 Mitglieder und versteht sich als „die Stimme der Familienunternehmer in Deutschland“. Die Mitgliederliste ist nicht öffentlich einsehbar. Davon unabhängig gibt es zwei Stiftungen, die das Familienunternehmertum fördern: die Stiftung

Familienunternehmen und die Stiftung Familienunternehmen und Politik sind Schwesternorganisationen, deren Vorstand, Geschäftsführung und Kuratorium identisch sind. Beide Stiftungen pflegen nach Angaben einer Sprecherin „keinerlei Umgang mit der AfD, weder Gespräche, Einladungen und auch keine andere Form der Kontakte“.

In die Allensbach-Umfrage spielen diese Turbulenzen nicht hinein; die Interviews fanden schon im September und Oktober statt. Nach der Befragung genießen familiengeführte Unternehmen in der Bevölkerung hohes Ansehen. Nach wie vor trauen die Deutschen mittelständischen und Familienunternehmen mit Abstand am meisten zu, in der Region Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern; 77 Prozent sind dieser Meinung. Auf den Plätzen zwei und drei folgen genossenschaftlich organisierte Unternehmen und große, börsennotierte Unternehmen (39 beziehungsweise 38 Prozent).

Deutlich geschwunden ist das Vertrauen in staatliche Arbeitgeber: Nur noch 33 Prozent der Deutschen sind überzeugt, Unternehmen in staatlicher Hand, etwas Stadtwerke oder Verkehrsbetriebe, böten die beste Garantie für sichere Arbeitsplätze und Wohlstand in der Region (2024: 43 Prozent). Für die staatliche Verwaltung ergibt sich ein Vertrauensverlust von acht Prozentpunkten.

Fachkräftemangel als drängendstes Problem

Die Demoskopen wollten auch wissen, was geschehen müsse, damit Deutschland im wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Ländern bestehen könne. Am Wichtigsten ist aus Sicht der meisten Befragten (86 Prozent), dass in Deutschland genügend Fachkräfte ausgebildet werden. Relativ schwache Zustimmung findet hingegen die Aussage, es sollten qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland geholt werden (37 Prozent). Auf Platz zwei der Prioritätenliste für Wettbewerbsfähigkeit landete Bürokratieabbau (82 Prozent), gefolgt von guten Standortbedingungen (80), guten Schulen und Hochschulen (73) sowie einer stärkeren Förderung von Forschung und neuen Technologien (72 Prozent). Bemerkenswert ist, dass nur 57 Prozent den Ausbau der Digitalisierung für vordringlich halten.

Auf den ersten Blick scheinen die Deutschen mehrheitlich ein liberales Wirtschaftsverständnis zu haben: 53 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, die Wirtschaft laufe ohne staatliche Eingriffe besser. 27 Prozent widersprechen, 20 Prozent sind unentschieden. Geht man näher ins Detail, gibt es aber in vieler Hinsicht große Zustimmung zu staatlichen Interventionen. 47 Prozent der Deutschen bezeichnen es als vordringlich, dass der Staat die Unternehmen bei den Energiekosten entlastet. 42 Prozent halten es für entscheidend, dass einzelne Wirtschaftszweige, die sonst nicht im internationalen Wettbewerb bestehen könnten, gezielt vom Staat unterstützt werden. Auch für gewisse protektionistische Maßnahmen gibt es starke Unterstützung: 64 Prozent der Befragten sind der Meinung, der Staat müsse deutsche Unternehmen vor Übernahmen aus dem Ausland schützen.

Quelle: F.A.Z.

Katja Gelinsky

Wirtschaftskorrespondentin in Berlin

Frankfurter Allgemeine

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001–2025
Alle Rechte vorbehalten.